

Friedrich Ebert: Diskussionsrede auf der Sitzung des Politbüros, 6.6.1953

Dieser Diskussionsbeitrag ist nach Notizen und aus der Erinnerung niedergeschrieben.

Es gehört nicht zu meinen Gewohnheiten, in Diskussionen Dinge zu wiederholen, die bereits von anderen richtig zum Ausdruck gebracht wurden. In dieser Stunde aber und angesichts des Ernstes der Situation wäre es falsch, diese Praxis anzuwenden. Ich will daher mit aller Offenheit sagen, welchen Eindruck das uns zur Beratung vorgelegte Dokument auf mich gemacht hat. Ich kann mich nicht erinnern, in den letzten Jahrzehnten meines Lebens von einer Sache so nachhaltig und so tief bewegt gewesen zu sein, wie von dem Inhalt dieses Dokuments, der sogar körperliche Schmerzen auslöste. Nach seinem mehrmaligen Studium habe ich mich gefragt: Wollen wir den Sozialismus? Ja, wir wollen ihn. Mit unserem ganzen Sein. Kann man den Sozialismus verwirklichen ohne harten Klassenkampf? Nein, das kann man nicht! Brauchen wir zur erfolgreichen Führung dieses Kampfes eine starke Staatsgewalt, die sich ganz auf das Volk zu stützen vermag? Ja, die brauchen wir. Dann brauchen wir selbstverständlich ein Organ, in dem unsere Verteidigungsbereitschaft organisiert ist.

Aus all diesen Gründen haben wir, nicht weil irgend jemand es gewünscht hat, sondern aus voller Überzeugung und mit großer Begeisterung hier die Beschlüsse vorbereitet und dann beschlossen, die das Ergebnis der II. Parteikonferenz geworden sind. Wir waren unglücklich darüber, haben oft hier in diesem Gremium, aber auch in der Partei und im Staatsapparat heftig und leidenschaftlich kritisiert, daß manche zur Durchführung dieser großen Beschlüsse notwendigen Maßnahmen nur zögernd und mangelhaft durchgeführt wurden. Die Folge war die Verschärfung des Tempos zum Aufbau des Sozialismus und der Festigung der volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht. Auf alle Schichten des Volkes legte sich ein ständiger harter Druck zu immer neuen Höchstleistungen. - Und jetzt soll das alles falsch gewesen sein? Das erschien mir gestern und bis zum heutigen Morgen unfaßbar. Man weigert sich, das zu glauben. Man fühlt einen tiefen Schmerz über die offenbar vorhandene politische Unzulänglichkeit des einzelnen und des Ganzen. Und doch! Bei dem letzten Studium dieses Dokumentes in den heutigen frühen Morgenstunden bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß jedes seiner Worte und das Gesamturteil richtig sind.

Es zeugt von der Größe und der Kraft unserer Freunde, daß sie sich in aller Offenheit dazu bekennen, diese Politik nicht mehr gebilligt¹⁾, sondern auch stark beeinflusst zu haben. Ohne dieses mutige bolschewistische Bekenntnis hätte ich vermutlich jetzt mein inneres Gleichgewicht noch nicht wiedergefunden. Diese Offenheit unserer sowjetischen Freunde enthebt uns der Verpflichtung, nach einem »Schuldigen« zu suchen oder nach einem Schlüssel zur Verteilung der Verantwortlichkeit. Aber uns selbst und unsere Arbeit müssen wir ernsthaft prüfen. Wir haben in unserem ehrlichen Drängen zum Ziel, zu höchstmöglichen Ergebnissen, die Menschen und ihre täglichen Sorgen aus dem Auge verloren, obwohl sie ständig vor uns stehen. Wir haben sie gesehen, aber wir haben über sie hinweg nur auf das große Ziel und die Erfüllung des Beschlusses geschaut. Wir haben das, was da auf uns zukam, geringgeschätzt insofern, als wir ihm mit dem Hinweis auf das große, fast übermenschliche Beispiel begegneten, das uns die Sowjetmenschen zum Beispiel in der Zeit der Interventionskriege gaben. Wir haben die immer größer werdenden Mängel in der Versorgung mit allen möglichen Gründen zu entschuldigen versucht. Ich erinnere nur an die Kohlenkalamität des letzten Winters und an die Tatsache, daß uns der Zucker alle geworden ist. Walter Ulbricht hat noch in seinem Artikel »Es gibt eine Kraft...«²⁾ mit souveräner

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

Überlegenheit von Wachstumsschwierigkeiten gesprochen und davon, daß uns das nicht wieder passieren wird. Die Ursache zu all den Dingen liegt meines Erachtens nicht in den Beschlüssen der II. Parteikonferenz allein, sondern in der von uns schuldhafterweise betriebenen beschleunigten und übereilten Durchführung dieser Beschlüsse, die nicht Rücksicht nahmen auf die volkswirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten. Wir haben uns verloren in einer Jagd nach vorfristiger Planerfüllung, für die es häufig weder ideologische noch materielle Voraussetzungen gab. Klappte dann die Geschichte an der einen oder anderen Stelle nicht, dann waren eben lauter »Saboteure« und »Agenten« am Werk, oder die »Dummköpfe in der Verwaltung« waren die Schuldigen.

Hier beginnt unsere Schuld, meine Schuld und Eure Schuld. Wir haben vieles gesehen, manchmal auch nur gefühlt. Aber dann haben wir die Dinge und die mit ihnen verbundenen Probleme eben nur »angesprochen«. Im ganzen gesehen aber sind wir nicht bis ans Ende gegangen. Der Hinweis auf »höhere staatspolitische Notwendigkeiten« hat uns vor den notwendigen Auseinandersetzungen kapitulieren lassen. Berichteten z. B. die Genossen Pieck, Grotewohl und Ulbricht hier von Unterredungen in Karlshorst, ergaben sich gegen die aus diesem Meinungs-austausch gezogenen Schlußfolgerungen hier Bedenken, die besonders häufig und energisch von Anton Ackermann vertreten wurden, dann wurde manchmal sehr laut und sehr grob auf die »bestimmte Art« hingewiesen, mit der dieser oder jener Vorschlag unserer Freunde vorgetragen worden sei. Ich denke dabei besonders an die Bemerkungen, die uns bezüglich der Leistungen der Sozialversicherung schriftlich vorlagen. Die berichtenden Genossen erweckten hier sicher nicht ohne Absicht den Eindruck, daß es sich bei den Empfehlungen und Wünschen unserer Freunde einfach um Weisungen handle, die sie in dieser oder jener Form verwirklicht zu sehen wünschen. Das war falsch, Genossen. Falsch war auch häufig die Darstellung, die uns gegeben wurde. Falsch war, daß ich und wir in solchen Fällen darauf verzichteten, unsere Meinung an unsere Freunde zu übermitteln. So haben wir sicher viel dazu beigetragen, daß unsere Freunde trotz ihrer eigenen guten Informationen doch ein nicht ganz wahrheitsgetreues Bild von der Lage erhielten.

An diesen Dingen trage ich einen besonderen Schuldteil. Warum? Häufig ergibt sich aus Kleinigkeiten - die wahrscheinlich nur von mir empfunden werden - bei mir das Gefühl, ein nicht ganz ebenbürtiges Mitglied dieses Kreises zu sein. Wahrscheinlich ist das ganz falsch. Sicher aber ist, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht wurden, die im Psychologischen ihren Ursprung haben und von mir nicht überwunden wurden. Dazu kommt, daß ich leider zu viel Praktiker und leider zu wenig Theoretiker bin und daher oft genug von sogenannten Minderwertigkeitskomplexen beherrscht werde, die mich sozusagen einschüchtern und daran hindern, meine richtige Auffassung mit größerem Nachdruck zur Geltung zu bringen. Für mich ergibt sich daher aus dieser Lage genau dasselbe, was Grotewohl und Oelßner schon vor mir gesagt haben. Man muß in jeder Lage ganz offen, ohne Rücksicht auf eigene fehlerhafte Auffassungen und Unduldsamkeiten anderer, ohne Furcht davor, als Opportunist oder Versöhnler verdächtigt zu sein, seine Meinung zu den Dingen sagen und solange für ihre Durchsetzung eintreten, bis man zu einer anderen Auffassung überzeugt wurde.

Unsere Genossen in den leitenden Körperschaften der Partei sind immer der Meinung, es sei besser, die Beschlüsse einmütig zu fassen. Das sieht gewiß sehr gut aus. Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aber sollten wir längst gelernt haben, daß diese nach außen hin zur Schau getragene Einmütigkeit nichts bedeutet, wenn nicht auch ideologische Klarheit vorhanden ist. Der Genosse Jendretzky z. B. ist immer sehr traurig, wenn der Genosse Ebert nicht einverstanden ist mit Beschlüssen des Sekretariats der Bezirksleitung. Er hat es nicht

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

gern, wenn das Protokoll einer Sitzung des Sekretariats einen entsprechenden Vermerk enthält. Häufig habe ich dann auf solchen Vermerk verzichtet, obwohl ich nicht einverstanden war mit einem Beschluß. So wie in der letzten Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung werde ich auch in Zukunft immer darauf bestehen, daß bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten ein solcher Vermerk in das Protokoll kommt.

Und nun zu Einzelfragen. Zuerst möchte ich mich an den Genossen Hohen Kommissar wenden. Seit 4¹/₂ Jahren versehe ich das Amt eines Oberbürgermeisters von Groß-Berlin. In dieser ganzen Zeit habe ich einmal das Vergnügen gehabt, von dem Vorsitzenden der SKK, dem Genossen Sokolowski, und etwas später einmal von dem Genossen Semjonow zur Besprechung Berliner Fragen empfangen worden zu sein. Das war alles. Das war aber nicht richtig, Genossen. Das Verhältnis zur Berliner SKK ist so, daß ich trotz meines häufigen Einwandes vom Genossen Dengin nur sehr selten und unregelmäßig zu Besprechungen hinzugezogen werde. Es ist sehr rücksichtsvoll von unseren Freunden, daß sie auf meine allgemeine Zeitnot Rücksicht nehmen. Es ist aber schlecht, wenn ich auch in wichtigen Angelegenheiten nur von meinem Stellvertreter Informationen aus Karlshorst erhalte. Gewiß, ich gehöre nicht zu denen, die alles nur zustimmend entgegennehmen, aber gerade in dem Austausch der Meinungen ergibt sich meines Erachtens das Beste für das Ganze. Was ich hier vom Oberbürgermeister von Groß-Berlin sagte, bezieht sich auch auf den Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Diese Arbeit ist für mich nicht sehr leicht. Bis zu dieser Stunde hat aber noch keiner unserer Freunde in Karlshorst mit mir über diese Arbeit gesprochen. Ich kann nicht annehmen, daß ich alles richtig mache und daß deswegen solche Besprechungen nicht notwendig sind. Es gehört aber zu dem freundschaftlichen Verhältnis, das uns verbindet, auch die Pflege solcher Unterhaltungen, wie sie z. B. mit den verantwortlichen Leitern des DFD und der FDJ sicher sehr häufig geführt werden.

Ein anderer Punkt. Er betrifft die Verwaltung. Seht Euch, Genossen, bitte einmal das Ausmaß der Aufgaben an, das laut Strukturplan so einem armen Vorsitzenden des Rates eines Bezirkes aufgebürdet wurde. Ihm untersteht, genau wie dem Oberbürgermeister von Groß-Berlin, die Plankommission, die Abteilung Finanzen und die Abteilung Kader. Er ist verantwortlich für Kirchenfragen, für Jugendfragen, für die Förderung der Intelligenz. Er muß die staatliche Aufsicht ausüben über alle in seinem Bereich liegenden Dienststellen zentraler Behörden usw. Er muß außerdem die Zusammenarbeit sichern mit der Volkspolizei, der Staatsanwaltschaft, der Justiz, der Kommission für Staatliche Kontrolle, mit der Oberpostdirektion, Vertragsgericht usw. Außerdem ist er verantwortlich für die Leitung des ganzen Staatsapparates. Was meint Ihr, Genossen, was daraus in der Praxis wird? Wir züchten wieder mit aller Gewalt jene »allwissenden Funktionäre«, die alles machen müssen und nichts ordentlich machen können. Ich habe damals darauf hingewiesen hier, welch ein Unfug es ist, einen Menschen mit solch einem Maß von Arbeit zu belasten und ihm stellenplanmäßig nicht einmal eine Sekretärin zu bewilligen. Genosse Grotewohl hat mir seinerzeit zugerufen: »Na ja, der Genosse Ebert kriegt dann eben zwei Sekretärinnen! « So, Genossen, kann man diese Dinge nicht behandeln. (Zuruf des Genossen Zaisser: »Wir haben Dir doch neulich, auf meinen Antrag hin, einen zweiten persönlichen Referenten bewilligt! «) Ja, Genossen, das habt Ihr. Aber was ist aus dem Beschluß geworden? Obwohl ich in jeder Woche einmal mindestens den Genossen Plenikowski attackiere, endlich sein Versprechen einzulösen und mir den Referenten zu beschaffen, werde ich immer wieder getröstet und daran gehindert, diese Stelle aus meinem eigenen Apparat zu besetzen. Nach langen Wochen hat endlich auch die Stellenplankommission geruht, den Beschluß des Politbüros zu bestätigen. Sie hat sich aber

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

die Unverfrorenheit herausgenommen, die Durchführung dieses Beschlusses von Bedingungen abhängig zu machen, die ich nicht akzeptiere.

Und dabei bin ich schon bei der Frage der Autorität des Politbüros. Es gibt Genossen im Apparat des Zentralkomitees und des Staatsapparates, die in der souveränsten Weise, die möglich ist, die Beschlüsse des Politbüros mißachten und ausgerüstet mit einer Handvoll Paragraphen, so als echte Bürokraten, ihre Meinung dagegensetzen. Ich denke, Genossen, daß wir mit unnachsichtiger Strenge alle die erziehen, die meinen, das höchste Organ der Parteiführung existiere für sie nicht. Ich will bei dieser Gelegenheit noch ein anderes Beispiel erwähnen. Der Haushaltsplan von Groß-Berlin ist seit dem 1. Januar dieses Jahres Bestandteil des Haushaltsplanes der Republik. Dieser Haushaltsplan ist von der Volkskammer beschlossen, er ist ein Gesetz. Niemand ist berechtigt, dieses Gesetz zu ändern. Im Ministerium für Finanzen aber gibt es solche Gesetzesverächter. Die sperren einfach aus ihrem Willen heraus eine von der Volkskammer beschlossene Position aus dem Haushaltsplan von Groß-Berlin. Meine Aufforderung an den Stellvertreter des Genossen Grotewohl, den Minister Loch, seinen Referenten anzuweisen, die Gesetzmäßigkeit wiederherzustellen, bleibt ebenso unbeantwortet wie eine Mahnung. Jetzt habe ich die Sache dem Ministerpräsidenten zur Entscheidung vorgelegt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein Beispiel von mir selbst geben, um zu zeigen, was wir von Kaderpflege halten. Der Genosse Ebert ist Mitglied des ZK und seines Politbüros, Mitglied der Bezirksleitung Groß-Berlin und seines Sekretariats, er ist Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Mitglied der Volkskammer und ihres Präsidiums. Ich habe häufig genug auf diese unververtretbare Häufung von zentralen Funktionen hingewiesen. Offenbar aber ist man hier der Meinung, das sei normal. Das ist gar nicht normal, Genossen, das ist sehr schlecht. Die Folge muß ganz selbstverständlich eine ungenügende Arbeit und eine Ruinierung der Kader sein. Schließlich soll man ja auch studieren. Ja, Genossen, ich studiere. Ich habe einen Konsultanten, den Genossen Professor Naumann. Ihr könnt Euch aber selbst ausrechnen, daß dieses Studium trotz des besten Willens dazu kein regelmäßiges sein kann.

Welche Frage muß noch geklärt werden? Das ist vor allem das Verhältnis zwischen Partei und Staatsapparat. Genossen, so wie die Dinge heute laufen, so gehen sie nicht weiter. Es ist besonders eine sehr schlechte Sitte in der Bezirksleitung Groß-Berlin, daß immer wieder sowohl von der Spitze wie von einzelnen Mitarbeitern unter Mißachtung aller Beschlüsse in die Verwaltung hinein regiert und gefuscht wird. Jeder gibt Weisungen, jeder bestimmt. Unsere Mitarbeiter geraten dabei vollkommen durcheinander. Sie wissen nicht mehr, wer Koch und Kellner ist. Sowie nur ein geheimer Hilfsaktenträger der Bezirksleitung erscheint, nehmen sie die Hacken zusammen und sagen: Die Bezirksleitung hat das angeordnet. Die Bezirksleitung hat überhaupt nichts anzuordnen. Sie hat die verantwortlichen Genossen im Staatsapparat anzuleiten, sie zu kontrollieren und sie zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie die Beschlüsse der Partei mißachten. Das Ergebnis eines solchen Durcheinanders ist dann etwa die Kindersportschule in der Schönhauser Allee und der Krach, den ich hier neulich mit Walter Ulbricht gehabt habe. Was er in diesem Falle als das Ergebnis der Arbeit der »Dummköpfe in der Verwaltung« und als Ahnungslosigkeit des Oberbürgermeisters bezeichnete, das war nichts anderes, als die verantwortungslose Einmischung einiger Mitarbeiter der Bezirksleitung in die Arbeit des Staatsapparates. Das muß geändert werden, Genossen, sonst sitzen wir bei der ersten besten Gelegenheit wieder vor traurigen Tatsachen.

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

Einige Worte zur Arbeit des Sekretariats des ZK. Diese Arbeit ist hier schon sehr heftig kritisiert worden. Nicht nur die Arbeit des Sekretariats, sondern auch die Arbeit einzelner Mitarbeiter, von denen sich einige vor Überheblichkeit nicht zu lassen wissen. Nicht einmal, sondern wiederholt habe ich darauf hingewiesen, daß das Sekretariat Beschlüsse faßt z. B. über Berlin, für deren Durchführung der Genosse Ebert verantwortlich gemacht wird und die man ihm so einfach auf den Tisch legt. Das erstreckt sich sogar auf die Namensgebung von Straßen in Berlin. Kann man nicht über solche Dinge sprechen? Natürlich kann man das! Man kann das aber nur dann, wenn man nicht meint, man sei unfehlbar und die anderen müßten in jedem Falle an die Hand genommen und geführt werden.

Wie oft habe ich den Genossen Paul Verner schriftlich und mündlich darauf hingewiesen, daß das Verhältnis in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft schlecht ist. Der Genosse Grünberg als Generalsekretär sitzt auf einem ganz falschen Platz. Er kann diese Arbeit nicht leisten, weil er ohne innere Disziplin ist, weil er kein System in seiner Arbeit hat. Die Vorbereitung des 4. Kongresses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hat gezeigt, daß er nur sehr wenig von dem Leben in der Gesellschaft weiß und von den Aufgaben, die vor ihm stehen. Genosse Verner hat das alles zur Kenntnis genommen, hat Besprechungen und Änderungen zugesagt, aber geschehen ist nichts. Grünberg ist wieder Generalsekretär der Gesellschaft geworden, und jetzt kommt der Genosse Verner und meint, man müsse Perspektive darauf nehmen, einen anderen Generalsekretär zu wählen. Inzwischen aber bleibt mir die Arbeit, die sehr hart und anstrengend ist und mich sehr viel Zeit kostet.

Auch die Arbeit der Bezirkssekretariate scheint sehr reformbedürftig zu sein. Die Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung Groß-Berlin hat in dieser Woche wieder von 9 Uhr morgens bis um 1 Uhr des anderen Morgens gedauert. Der Genosse Jendretzky aber ist unentwegt der Meinung, es gebe keine andere Lösung und hält die Beschlüsse, die in der 16. Stunde der Sitzung gemacht werden für ebenso gut wie die der 5. Stunde. Unlängst habe ich einmal das Papier gewogen, das als erste Sendung für eine solche Sitzung des Sekretariats in meine Hände kam. Das waren 675 g. Während der Sitzung gab es noch einmal 300 g Papier dazu. Das kann nicht einmal jemand verantwortungsvoll studieren, der nichts anderes zu tun hat als Mitglied eines Sekretariats zu sein. Das ist eine verantwortungslose Arbeit, die ich niemals mehr gestatten werde. Wenn ich von den Sekretariaten spreche, kann ich gleich auch sprechen von der Information der Mitglieder des Politbüros. Zum Beispiel wird hier oft von der Insel Rügen und von den Bauvorhaben gesprochen und davon, daß dieses Gebiet für den Staatsbürger gesperrt ist. Was aber auf Rügen vorgeht, das wissen vielleicht zwei oder drei Mitglieder des Politbüros, die anderen haben gar nicht erst danach gefragt (Zwischenruf des Genossen Walter Ulbricht: Das ist doch nicht unsere Sache!).³⁾ Schön! Dann nehme ich die Kasernierte Volkspolizei. Wir haben ihre Einheiten besucht, wir haben die Liste ihrer Generäle hier bestätigt und sonstiges. Über den ganzen Stand der Kasernierten Volkspolizei aber wissen wir gar nichts. Was soll diese Geheimnistuerei? Gibt es Mitglieder des Politbüros, die besondere Rechte haben und andere, die kein Vertrauen verdienen? Dann muß man das sagen, ganz laut und deutlich, und daraus die Schlußfolgerungen ziehen.

Eine Bemerkung zu meiner eigenen Stellung im Politbüro. Walter Ulbricht hat gesagt: Alle Mitglieder des Politbüros hätten die gleichen Möglichkeiten, sich zu informieren, wie er. Er selbst habe auch so gut wie keine. Das ist nicht richtig, Genosse Ulbricht. Hier an diesem Tisch sitzen nur zwei Mitglieder des Politbüros - wenn ich den Genossen Otto Grotewohl davon ausnehme -, die ihren Sitz hier im Haus haben. Alle anderen sind in der ganzen Stadt verstreut in Ministerien, anderen Dienststellen und Instituten. Einmal in der Woche kommen

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

sie hierher, und wenn die Sitzung des Politbüros zu Ende ist, verschwinden sie wieder an ihre Arbeit. In diesem Zusammenhang allein schon liegt begründet, daß nicht alle Mitglieder des Politbüros die gleichen Arbeits- und Informationsbedingungen haben. Das sollte man ändern. Ähnlich wie der Genosse Walter Ulbricht nur hier im Hause arbeitet und ganz gelegentlich einmal in das Ministerium geht, so sollten meines Erachtens die Mitglieder des Politbüros hier im Hause der Partei ihren offiziellen Sitz haben, und von hier aus sollten sie mit Hilfe ihrer Stellvertreter die Arbeit im Staatsapparat leiten. Auf diese Weise wird es möglich sein, z. B. an der Vorbereitung der Dokumente für das Politbüro und das Zentralkomitee aktiv mitzuarbeiten. Wie ist das jetzt? Da komme ich auf meine eigene Stellung im Politbüro. Hat der Genosse Walter Ulbricht z. B. als Generalsekretär schon ein einziges Mal in den ganzen Jahren den Genossen Oberbürgermeister von Groß-Berlin zu sich gerufen, mit ihm über Berliner Probleme gesprochen, ihn auf Schwächen und Fehler in seiner Arbeit hingewiesen, ihm eine Anleitung gegeben? Nein, das hat er nicht, aber kritisiert hat er um so mehr. Auch falsch. (Zwischenruf des Genossen Ulbricht: Da hast Du recht.) Es gibt auch Aufträge an Mitglieder des Politbüros entweder überhaupt nicht oder aber sie werden nur immer an denselben Kreis vergeben. So hat z. B. der Genosse Ebert, der zugleich Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ist, noch nicht einmal den Auftrag bekommen, bei einer der zweimal im Jahr stattfindenden Feiern am Ehrenmal in Treptow namens des Politbüros zu sprechen. In diese Rubrik gehört auch das, was der Genosse Otto Grotewohl hier mit so viel Bitterkeit von der Behandlung der Politbüromitglieder in der Presse gesagt hat. In der Tat: Außer dem Genossen Walter Ulbricht existiert für Presse und Rundfunk kein anderes Mitglied des Politbüros. Ich könnte, was mich anlangt, eine ganze Reihe von Beispielen nennen, die zu z. T. recht lebhaften Aussprachen geführt haben. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf die unterschiedliche Behandlung, die das »Neue Deutschland« bei der Publizierung anlässlich des 50. Geburtstages der Genossin Lotte Ulbricht und des 40. Parteijubiläums des Genossen Ebert praktizierte.

Was ergibt sich aus alledem? Aus alledem ergibt sich, das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands darf nicht als ein Gremium von Einzelpersonlichkeiten arbeiten und vor der Öffentlichkeit erscheinen, sondern als ein fest geschlossenes, persönlich und politisch miteinander verbundenes Kollektiv. Dieses Kollektiv zu schaffen, mit einem echten Geist der Kameradschaft zu erfüllen, das, Genossen, erscheint mir die wichtigste Lehre aus der Periode unserer Arbeit, die nun ihren Abschluß findet und zu jener großen Wende führen soll, die es uns ermöglicht, gemeinsam mit den Massen, mit allen Schichten unseres Volkes das Beispiel zu schaffen, das Deutschland einigt und den Frieden sichert.

(Übersehen habe ich in meinen Notizen und in meiner Rede die Bemerkung, daß die Arbeit nach Westdeutschland und mit den Sozialdemokraten meines Wissens nur von solchen Leuten geführt werden, die niemals der Sozialdemokratie angehört haben. Das scheint mir aus psychologischen und politischen Gründen als sehr falsch.)

Anmerkungen:

- 1) Vermutlich: »... nicht nur gebilligt... «
- 2) Im »Neuen Deutschland« vorn 15. und 16. April 1953 veröffentlichte W. Ulbricht einen zweiteiligen Beitrag unter dem Titel »Es gibt eine Kraft, die fähig ist, die Deutsche Frage zu

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

lösen«. Der zweite Teil wurde als Rede vor den Abteilungsleitern im Apparat des ZK, den Genossen Ministern und Staatssekretären ausgewiesen.

3) Auf Rügen baute sowjetisches Militär an einer U-Boot-Basis. Das Vorhaben sollte im Zuge des Neuen Kurses abgebrochen werden (vgl. IfGA, ZPA, NL 90/699).

[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4090/699.]

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--	-------------------------	---